"Protest heißt immer auch Grenzüberschreitung"

Nils Schuhmacher ist kriminologischer Sozialforscher und forscht an der Universität Hamburg zu Protestkulturen Sozialer Bewegungen und radikalen politischen Gruppierungen. Der Protestforscher im Interview über Krawallbilder, rechte und linke Gewalt und die Eigendynamik von politischem Widerstand anlässlich der G20-Proteste in diesem Jahr



Herr Schuhmacher, Sie waren in der Krawallnacht vom 7. Juli im Hamburger Schanzenviertel. Waren die Täter politisch motiviert?

Dort gab es viele Gruppen: Leute, die eine Botschaft hatten, Unbeteiligte und auch Menschen, die einfach mitgerissen wurden von den Ereignissen. Aber wir sprechen ja von einem Gesamtereignis, dem Gipfel. Die Gipfelgegner hatten politische Anliegen. Das war bei den Ereignissen dieser Nacht anders, wo es eine erhebliche Eigendynamik gab. Trotzdem haben sie, wie die anderen Proteste auch, politische Effekte und Konsequenzen.

Nach den Krawallen hat der Einsatzleiter Hartmut Dudde den Gipfel als erfolgreich bezeichnet, weil es gelungen ist, die Regierungschefs zu schützen.

Die Politiker sind natürlich Anschlags gefährdeter als normale Menschen. Das Problem ist: Die Verantwortlichen hatten keine richtige Vorstellung von der Eigendynamik von Protesten und davon, dass die Demonstration von Stärke immer Effekte in alle möglichen Richtungen haben kann. Man hätte wissen können, dass es eine kritische Grundstimmung gibt und dadurch viele Menschen mobilisiert werden, das wurde unterschätzt. Protest hat immer etwas mit Störung und Grenzüberschreitung zu tun. Das kann eher spielerisch bleiben oder es kann kippen, auch je nachdem, wie die Polizei sich verhält.

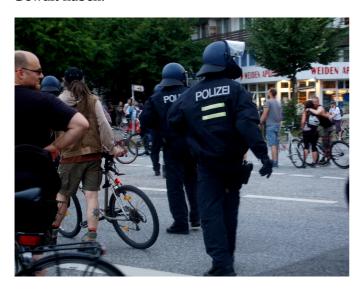
Die Ereignisse haben Innere Sicherheit und Linksextremismus zu Wahlkampfthemen gemacht. Wurden die Autonomen instrumentalisiert?

Das wäre zu schematisch gedacht. Begriffe wie Gefährder und Präventivstrafen gibt es ja schon, die werden jetzt wieder hervorgeholt. Die Reaktionen erfolgen fast zeitgleich, und es zeigt sich ein bestimmter Umgang der Politik mit gesellschaftlichen Problemen: Man hält sich nicht damit auf zu fragen, wer eigentlich die Akteure waren und wie man Ereignisse verstehen kann.

Nach einem aktuellen Bericht im STERN gab es 2016 zweieinhalb Mal mehr rechtsextreme Gewalttaten als linksextreme, und rechte Gewalt hat deutlich zugenommen, während Gewalt von links abnimmt. Trotzdem heißt es jetzt, wir seien "auf dem linken Auge blind" gewesen.

Zum Einen: Die Sicherheitsbehörden haben ein Bild von bestimmten Ereignissen. Zum Zweiten ist es wichtig, sich anzusehen, was das für Gesetzesbrüche sind, gegen wen sie sich richten und welche Intention dahinter steht. Wer agiert, und wie? Da wird man in der Qualität, der Adressierung und dem Kontext der Gewalt erhebliche Unterschiede feststellen. Vor allem sollten wir fragen: Für welche Werte wird da eigentlich eingestanden? Rechte Gewalt richtet sich nach ihrer zugrunde liegenden Ungleichheitsideologie in der Regel gegen Schwächere, linke Gewalt stärker gegen

Funktionsträger und Symbole staatlicher Macht wie die Polizei. Sie ist auch eingebettet ist in ein völlig anderes Wertesystem, in dessen Mittelpunkt ein radikaler Gleichheitsanspruch steht. Sie drückt sich auch viel häufiger als Gewalt gegen Sachen aus, während wir bei Neonazis oft tödliche Gewalt haben.



Hat sich die Protestkultur professionalisiert?

In den Protestformen selbst sehe ich keine sehr große Veränderung. In allen Bereichen professionalisiert hat sich aber der Gebrauch von Medien, und die mediale Selbstdarstellung ist ein größeres Thema. So haben wir eine Personalisierung des Protests, die zumindest für Autonome völlig ungewöhnlich ist. Auf der Handlungsebene waren die Autonomen schon immer sehr gut in Kleingruppen organisiert. Heute setzen sie vor allem auf kontrollierte Grenzüberschreitungen.

Wenn es einen starken friedlichen Protest und einige wenige Randalierer gibt, absorbieren die Randale die Rezeption des Protests, und Argumente werden nicht mehr wahrgenommen.

Die Radikalen sind damit Täter und Opfer zugleich, wenn sie andere Protestbilder überlagern. Das ist das Problem mit friedlichem Protest, er wird nicht genug gesehen. Deshalb versucht eine Gruppe der Protestierenden ja auch, die Grenzen des Legalen zu überschreiten, um sichtbar zu werden. Hier schließt sich ein weiteres Problem an: In der politischen Debatte werden oft verschiedene überschreitende Protestformen in einen Topf geworfen: auf der einen Seite stehen die Friedlichen, das sind "die Guten", die nur appellieren. Und zu den Anderen, die die Grenze der Legalität in irgendeiner Weise überschreiten, gehören dann auch Demonstranten, die zum Beispiel Sitzblockaden machen. Sie mit den Randalierern gleich zu setzen, ist vollständig realitätsfern.

Wohin entwickelt sich die politische Kultur?

Hier kann man nur spekulieren. Je mehr Teile des parteipolitische Feldes sich an einer bestimmten Deutung fest klammern, umso mehr wird das kritische Stimmen und Akteure stärken, weil offensichtlich ist, dass es Widersprüche gibt, die nicht aufgelöst werden.

Zum Beispiel?

Wie stellt sich Macht dar? Wie geht man mit politischen Fehlentscheidungen um? Wie verhalten sich Entscheidungsträger, wenn die Polizei Grundrechte beschneidet und taktische Fehler begeht? Mit solchen Fragen geht man nicht konstruktiv um, wenn man so tut, als existierten sie nicht.

Vielen Dank für das Gespräch!

Bildunterschriften:

Bild 1 – Demonstrant in der Hamburger G20-Krawallnacht zitiert den Graffito-Künstler Banksy

Bild 2 – Polizisten stören eine friedliche Fahrrad-Demo beim G20-Gipfel (Bilder: Grabitz)